

Für Schwarzgeld zur PK

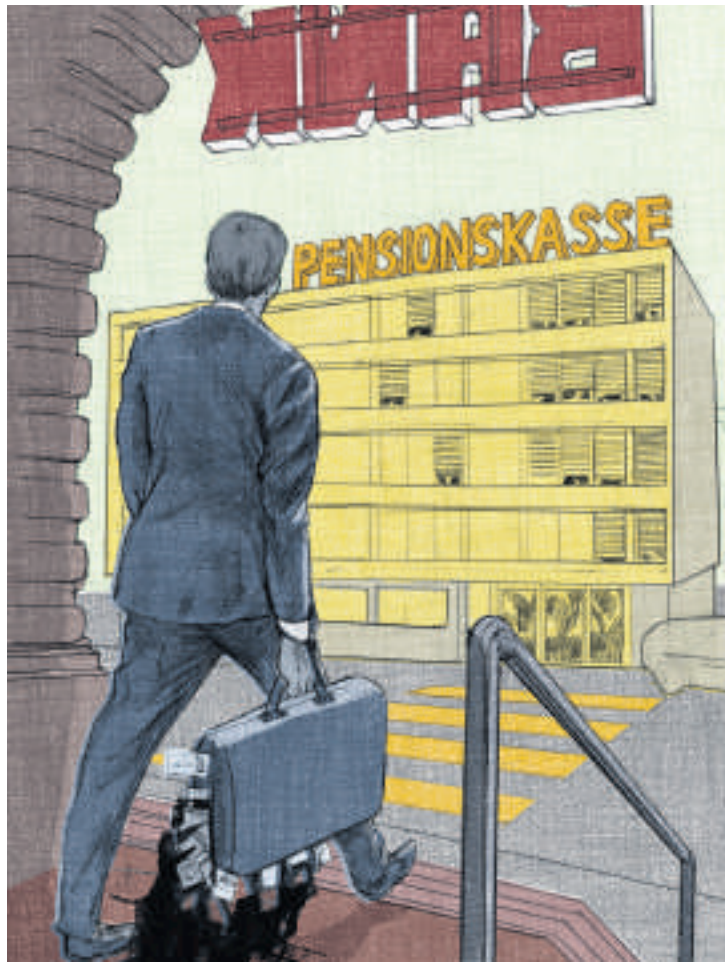
Pensionskassen sind nicht verpflichtet, die Herkunft von Geldern zu prüfen

VON MICHAEL SOUKUP (TEXT)
UND CHRISTOPH FISCHER (ILLU)

ZÜRICH In gewisser Hinsicht geschäftlichen Pensionskassen wie Schweizer Banken in alten Zeiten – als es noch problemlos möglich war, Schwarzgeld oder Gelder, die aus einem Verbrechen herrühren, einzuzahlen. «Die 2. Säule ist ein Vorhang, der solche finanziellen Transaktionen gut verhüllen kann», sagt ein Zürcher Geldwäschereixperte. Denn Pensionskassen sind nicht dem Geldwäschereigesetz unterstellt. Damit sind sie nicht verpflichtet, die Herkunft der Gelder zu überprüfen. «Und sie tun es erfahrungsgemäss auch nicht», sagt Stefan Thurnherr, Managing Director und Pensionskassenexperte beim VZ Vermögenszentrum.

Dabei geht es nicht um die ordentlichen Pensionskassenbeiträge, die vom Lohn des Arbeitnehmers monatlich abgezogen werden. Als Schlupfloch dient vielmehr der Pensionskasseneinkauf. Laut Bundesamt für Statistik wurden allein 2010 über 4 Milliarden Franken als sogenannte Einmalanlagen einbezahlt.

Einkaufen kann sich jeder Versicherte bis zur Höhe der Deckungslücke. Der Betrag findet sich auf dem jährlich ausgestellten Vorsorgeausweis. Solche Lücken entstehen, wenn man wegen Studium oder Mutterschaft nicht arbeiten konnte. Oder, wie in den meisten Fällen, wenn der Lohn im Laufe der Karriere angestiegen



ist. Für die Berechnung der Einkaufssumme geht man davon aus, dass man seit dem 25. Altersjahr den aktuellen Lohn verdient hätte. Dabei profitieren insbesondere Gutverdienende, denn sie können den Einkauf eins zu eins vom steuerbaren Einkommen abziehen und damit die Progression

brechen. «Am grössten sind die Deckungslücken bei gut verdienenden Ausländern, die in der Schweiz arbeiten», sagt Stefan Thurnherr. Dies, weil ihre vorher im Ausland angesparten Vorsorgegelder von Schweizer Pensionskassen nicht angerechnet werden. Beispiel: Ein frisch eingewander-

ter 50-jähriger Top-Manager, der jährlich eine halbe Million Franken verdient, darf nachträglich bis zu 1,86 Millionen Franken einzahlen.

Aufgrund der Weissgeldstrategie der Schweizer Banken steigt der Druck auf Kunden mit unverseuertem Vermögen. «Pensionskassen sind eine elegante Möglichkeit, um dort das Schwarzgeld zu parken», sagt ein Anwalt einer bekannten Wirtschaftsprüfungsfirma. «Und solange der PK-Einkauf gestaffelt über mehrere Jahre erfolgt, wird keine Pensionskasse Verdacht schöpfen.»

Schwarzgeld soll als Vortat zur Geldwäscherei gelten

Die berufliche Vorsorge wurde 1997 vom Geldwäschereigesetz ausgenommen, weil sie «von der Konzeption sich kaum zum Zweck der Geldwäscherei eignen» würde, schrieb der Bundesrat.

Für Drogen- oder Erpressungsgelder mag das auch heute noch zutreffen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Als Folge des Personenfreizügigkeitsabkommens sind in den letzten Jahren Zehntausende von hoch qualifizierten Fachkräften eingewandert.

Ausserdem soll auch in der Schweiz bald Schwarzgeld als Vortat zur Geldwäscherei gelten. «Es bleibt noch zu prüfen, welche Folgen dies für die Pensionskassen haben wird», sagt der Tessiner Geldwäschereixperte Paolo Bernasconi.

Der 2. Säule drohen Prämien erhöhungen

PK-Experte kritisiert Lockvogelangebote

ZÜRICH Um Kunden zu gewinnen, senken Privatversicherer in der 2. Säule die Prämien. Versicherte sollten sich aber nicht zu früh freuen: Bleiben die Zinsen tief, drohen vor allem bei den Vollversicherten höhere Prämien.

Per 2013 senkt Zurich die Risikoprämie um bis zu 20 Prozent. Und das sei erst der Anfang: «Wir werden die Kosten in der beruflichen Vorsorge weiter senken», kündigt Sandro Meyer, Leiter Kollektivleben Schweiz, an. Dies dank einer neuen IT-Plattform.

Bereits für 2012 senkte Axa Winterthur die Risikoprämien im einstelligen Prozentbereich und

Swiss Life um 10 Prozent. Axa Winterthur und Swiss Life bieten im Gegensatz zu Zurich hauptsächlich Vollversicherungen an. Diese übernehmen im Unterschied zu teilautonomen Sammelstiftungen die Anlagerisiken und dürfen von Gesetzes wegen nicht in Unterdeckung geraten.

«Die Prämien senkung sichert unsere Konkurrenzfähigkeit»,

sagt Ivo Furrer, Chef Swiss Life Schweiz. Zudem habe sich der Risikoverlauf betreffend Tod und Invalidität kontinuierlich verbessert. «Wir erwarten für die nähere Zukunft keine Trendumkehr.»

Dem widerspricht Herbert Brändli, Pensionskassenexperte und Gründer der B+B Vorsorge AG. «Vollversicherungen haben gewaltige Reservelöcher. Von die-

sen zehren sie nun, um mit Lockvogelangeboten Neukunden zu akquirieren», sagt er. Aufgrund der abgegebenen Garantien und ihrer risikoarmen Anlagestrategie werde es den Vollversicherungen aber zunehmend schwerfallen, das unsichere Kapitalumfeld zu kompensieren. «Die Versicherten werden nicht darum herumkommen, die Prämien wieder zu erhöhen oder die Altersleistungen mit tieferen Umwandlungssätzen noch weiter zu reduzieren.» Bereits 2011 hat sich die Neugewinnmarge bei Swiss Life Schweiz um 0,5 Prozentpunkte verschlechtert.

MARTINA WACKER

MARTIN JANSSEN



Bankgeschäfte und «Moral»

Banken und Bankgeschäfte (Kredit-, Anlage-, Börsengeschäfte, aber auch das gute alte Investmentbanking) sind für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes von herausragender Bedeutung. Im Kern geht es bei diesen Geschäften darum, das Anlagevermögen der Sparer in Form von Krediten, Obligationen und Aktien möglichst zu jenen Firmen und Projekten zu dirigieren, die mehr Aussicht auf Markterfolg haben als andere. Die Finanzmärkte und deren Mechanismen sind so direkt mitverantwortlich für den Erfolg der meisten Firmen eines Landes. Dank nationalem und internationalem Wettbewerb haben Banken und Börsen Anreize, ihre Prozesse laufend effizienter zu gestalten, um in diesem Geschäft langfristig bestehen zu können. Gelingt das, können Banken erfolgreiche Projekte finanzieren, ihre Aktionäre für die Übernahme von Projektrisiken entschädigen und dem Sparer

«Vordergründig moralischen Aspekten Genüge tun hätte Konsequenzen»

im Durchschnitt der Zeit – inflations- und risikokorrigiert – pro Jahr etwa ein Prozent Kapitalertrag garantieren.

Natürlich könnte die Schweiz als praktisch einziges Land die regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entgegennahme von

Spargeldern so ändern, dass vordergründig moralisch erscheinenden Aspekten Genüge getan wird («Weissgeldstrategie»). Ohne Konsequenzen wäre das aber nicht: Die Banken würden in der Kapitalallokation ineffizienter, die Sparer erhielten (noch) weniger für ihre Ersparnisse, und der Finanzplatz Schweiz würde an Volumen, Arbeitsplätzen und Steueraufkommen verlieren. Wollen wir das wirklich? Wollen wir uns wirklich im weltweiten Wettbewerb um Arbeit und Einkommen mit dem Tarnumhang der Weissgeldstrategie schmücken, damit uns möglichst kein ausländischer Kunde mehr findet? Wollen wir unsere Banken wirklich zwingen, die Unfähigkeit ausländischer Steuerämter zu kompensieren, um ohne Entschädigung Geld für überbordende Sozialstaaten einzutreiben? Hier wird nicht der Geldwäscherei, der aktiven Beihilfe zu Steuerhinterziehung oder dem Steuerbetrug das Wort geredet. Aber zuerst sollen weniger erfolgreiche Finanzplätze als die Schweiz zeigen, dass das funktioniert. Und wenn dann auch Deutschland, England, Frankreich, Italien und die USA diese Massnahmen eingeführt haben, ist es Zeit für die Schweiz, sich diesem Trend anzuschliessen. Jede andere Reihenfolge würde nur zu einer Umverteilung von Kunden und Wohlstand von der Schweiz zu anderen Ländern führen.

Martin Janssen ist Professor am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich

ANZEIGE

ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

EL PRIMERO
CHRONOMASTER OPEN

Life is in the movement

www.zenith-watches.com